

BA Parteiarbeit

Beweistatsache

1. Sich in einer bestehenden politischen Partei zu engagieren ist weniger gut dazu geeignet effektive Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen als Aktionen des Zivilen Widerstands, beispielweise in Form von Straßenblockaden.
2. Die Gründung einer neuen Partei ist weniger gut dazu geeignet effektive Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen als Aktionen des Zivilen Widerstands, beispielweise in Form von Straßenblockaden.

Beweismittel

Herr Dr. Simon Teune, zu laden über Grunewaldstraße 34 in 12165 Berlin

Begründung

Herr Dr. Teune ist politischer Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich „Intervenierende Künste“ an der FU Berlin. Er hat mit quantitativen und qualitativen Methoden zur kulturellen Einbettung von Protestbewegungen geforscht. Außerdem ist er Teil des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, das sich intensiv mit aktuellen Protestbewegungen auseinandersetzt und auch die Letzte Generation schon wissenschaftlich untersucht hat. Herr Dr. Teune ist daher fachlich geeignet als Sachverständiger zur hier zu beweisenden Tatsache, dass Ziviler Widerstand effektiver ist als angemeldete Demonstrationen, zu sprechen.

Die offensichtliche Begründung für die Beweistatsache ist das nur noch sehr kleine und sich immer weiter schließende Möglichkeitsfenster, um ein kritisches Level an Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre und das Überschreiten von Kippelementen im Klimasystem zu verhindern. Selbst der Weltklimarat spricht inzwischen von der entscheidenden Dekade in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen. Es reicht daher nicht erst in zehn oder 15 Jahren effektiven Klimaschutz zu machen, sondern die Maßnahmen müssen jetzt ernsthaft diskutiert und umgesetzt werden. Dann wären die Kippelemente aller Wahrscheinlichkeit nach bereits überschritten und würden sich selbst verstärkende Effekte in Gang setzen. So würde ein irreversibles, also nicht wieder umkehrbares, Auftauen des Permafrostbodens weitere Treibhausgasemissionen freisetzen, die wiederum zur Erwärmung beitragen. Kurz gesagt werden die Kippelemente perspektivisch weitere Quellen für Treibhausgase öffnen, was unsere Handlungsfähigkeit als Menschheit in Bezug auf die Klimakrise einschränken wird. Es ist also effektiver bereits heute Emissionen einzusparen, um noch die letzte Chance zu bewahren das Überschreiten der Kippelemente zu verhindern. Nach dem Überschreiten sollten Emissionen natürlich weiterhin reduziert werden, die Erfolge werden aber durch den erhöhten Ausstoß beispielsweise im Permafrostboden wieder teilweise zunichte gemacht. Daher kommt es für die Effektivität von Klimaschutzmaßnahmen nicht nur auf die absolute Einsparung von Treibhausgasemissionen, sondern auch auf einen möglichst frühen Zeitpunkt an.

Politische Karrieren in Parteien dauern in der Regel allerdings mehrere Jahre, bis Menschen an relevante Entscheidungspositionen innerhalb der Partei gelangen können und die Möglichkeit haben die Parteipolitik selbst mitzubestimmen. Es ist daher zynisch Menschen von der Letzten Generation vorzuschlagen, dass sie in Parteien eintreten sollen. Das Ziel der Letzten Generation sind ja gerade

kurzfristige und effektive Klimaschutzmaßnahmen und Parteiarbeit wird perspektivisch auf mehrere Jahre ausgelegt sein, dann ist es für wirklich effektive Klimaschutzmaßnahmen zum Abwenden der Kipppunkte aber zu spät. Und das Gründen einer neuen Partei ist noch deutlich aufwändiger und zeitraubender als der Weg in bereits bestehende Parteien. Dabei wird an dieser Stelle gar nicht kritisiert, dass dieser Prozess generell sehr aufwändig ist. Für die Dringlichkeit der Klimakatastrophe erscheint eine solche Vorgehensweise aber als realitätsfremd.

Darüber hinaus blieben selbst bei einer erfolgreichen Etablierung einer neuen Partei oder dem Eintritt in eine bestehende Partei Demokratiedefizite bestehen, welche ebenfalls Ursache des politischen Versagens angesichts der Klimakatastrophe sind. Dazu gehört zunächst der Einfluss von Lobbyist*innen der fossilen Industrie auf politische Entscheidungen. Sie untergraben demokratische Prozesse und haben auch in der Vergangenheit schon häufiger Klimaschutzmaßnahmen aufgeweicht oder verhindert. Außerdem steht der Wunsch bzw. die Notwendigkeit einer Wiederwahl nach nur wenigen Jahren ebenfalls Klimaschutzmaßnahmen entgegen. Es wird nun mal kurzfristig nötig sein auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, wenn noch ernsthafte Ambitionen bestehen sollten die selbst gesteckten Klimaziele zumindest noch annähernd einzuhalten. Dazu könnten zum Beispiel ein Tempolimit gehören oder ein deutlich schnellerer Anstieg des CO₂-Preises. Weil dies aber zumindest kurzfristig zu Ablehnung bei Teilen der Bevölkerung führen könnte, werden aktuell entsprechende Maßnahmen eher gemieden, um die eigene Wiederwahl nicht zu gefährden. Auch hier werden also egoistische Motive des Machterhalts und Sicherung des Lohns über allgemeine Ziele wie den effektiven Klimaschutz gestellt. Der von der Letzten Generation geforderte Gesellschaftsrat könnte diese beiden Probleme angehen, in dem eine zufällig ausgeloste und für die deutsche Bevölkerung repräsentative Gruppe an Menschen die Entscheidungen trifft. Sie werden dabei nur von wissenschaftlichen Experten beraten und haben von vornherein keine Aussicht auf eine Wiederwahl oder Ähnliches. In diesem Format könnten dann eventuell tatsächlich effektive Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden und aufgrund der besseren Repräsentanz der Bevölkerung ist auch eine höhere Akzeptanz der Ergebnisse zu erwarten. Es erscheint also eine effektivere Strategie zu sein sich kurzfristig für die Einsetzung eines Bürger*innenrates einzusetzen, anstatt den Weg über die Parteipolitik zu wählen, die aufgrund der beschriebenen Probleme Schwierigkeiten damit hat Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend soll an dieser Stelle betont werden, dass Klimaschutz eigentlich gar keine politische Frage, sondern wissenschaftliche Notwendigkeit sein sollte. Wenn Wissenschaftler*innen vor dem Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation durch die Folgen der Klimakatastrophe warnen, sollten eigentlich alle Parteien die Gefahr und Handlungsnotwendigkeit erkennen und entsprechend handeln. Bei der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine wurde die existenzielle Bedrohung erkannt und es wurde über Parteigrenzen hinweg und selbst mit der Opposition gemeinsam an konkreten Lösungen gearbeitet. Wenn schon nicht auf die Warnungen von Wissenschaftler*innen gehört wird, kann es nur Aufgabe der Zivilgesellschaft sein den Themen ausreichendes Gehör zu verschaffen, notfalls dann eben auch mit Aktionen des Zivilen Widerstands.

Relevanz

Die hier zu beweisende Tatsache ist von Relevanz für das vorliegende Gerichtsverfahren. Im erstinstanzlichen Urteil des Amtsgerichtes München wurde Engagement in bestehenden Parteien oder die die Gründung einer neuen Partei unter anderem als milderer Mittel im Vergleich zu Straßenblockaden genannt und darauf verwiesen diese Aktionsformen doch besser zu nutzen. Mit dieser Argumentation wurde die Ablehnung des rechtfertigenden Notstandes nach §34 StGB begründet.

Das Amtsgericht München hat sich dabei aber gar nicht mit der Frage beschäftigt, ob das mildere Mittel denn auch gleich effektiv ist. Bei der Frage der Angemessenheit des Mittels im Rahmen des §34 StGB geht es nämlich nicht darum, ob es ein milderer Mittel gibt, sondern ob es ein milderer UND gleich geeignetes Mittel gibt. Demnach ist die Frage der Geeignetheit des Mittels durchaus relevant und es reicht nicht aus einfach anzunehmen, dass alle Mittel gleich geeignet sind und deswegen immer das mildeste Mittel verwendet werden muss. Es ist ja gerade Teil der Argumentation von Bewegungen des Zivilen Widerstandes und auch der Letzten Generation, dass die störenden Mittel, in diesem Fall Straßenblockaden, verwendet werden, gerade weil sonstige und legale Protestformen bisher nicht den notwendigen Erfolg gebracht haben.

Wenn das Gericht den Beweisantrag annimmt und Herrn Teune zur Vernehmung als Sachverständigen lād, wird es zum Schluss kommen, dass Protestformen des Zivilen Widerstands effektiver sind um mediale Aufmerksamkeit für das Thema zu erzielen als Petitionen und daher besser geeignet sind. Vor diesem Hintergrund scheidet Engagement in bestehenden Parteien und das Gründen einer neuen Partei als Alternative zu den Straßenblockaden aus und diese können als angemessenes Mittel im Sinne des rechtfertigenden Notstandes nach §34 StGB gewertet werden.

Ich beantrage zu diesem Beweisantrag einen schriftlichen und verlesenen Gerichtsbeschluss

Glaubhaftmachung:

Ort, Datum, Unterschrift: _____